

Neudruck

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

Konsequenzen aus dem Bildungsstreik ziehen - für eine qualifizierte Weiterentwicklung der Bologna-Reform

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung erarbeitet eine Bilanz der Wirkungen der Bologna-Reform in Brandenburg. Dabei werden alle im Hochschulbereich relevanten Gruppen, geeignete Experten und die vorhandenen Gremien einbezogen.
Folgende Schwerpunkte stehen im Vordergrund:
 - die Qualität der Lehre,
 - die soziale Dimension und
 - die Internationalisierung.Die Bilanz ist dem Landtag im vierten Quartal 2010 vorzulegen.
Die Landesregierung wird ihre Positionen weiterhin in die Gremien der Kultusministerkonferenz und der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz einbringen.
2. Innerhalb der Bilanz ist darzustellen, ob mit dem gestuften Studiensystem tatsächlich die Studienzeiten verkürzt und eine geringere Zahl von Studienabbrecherinnen und Studienabbrechern erreicht worden ist.
3. Desweiteren wird die Landesregierung gebeten, kurzfristig folgende Prozesse zu prüfen:
 - a) Die Bachelor- und Masterstudiengänge sind in folgender Hinsicht zu überprüfen:
 - Ausrichtung der Studiengänge auf Kompetenzziele,
 - Ausschöpfen der Bandbreiten der Regelstudienzeiten in Bachelorstudiengängen von sechs bis acht Semestern,
 - Ermöglichung nationaler und internationaler Mobilität,
 - Freiräume für fach- und grenzüberschreitendes Studium,
 - Keine übermäßige Verknüpfung der Module,
 - Module sollen in der Regel nur mit einer Prüfung abschließen,
 - Arbeitsbelastung der Studierenden,
 - Möglichkeiten zur paritätischen Beteiligung in demokratisch gewählten Hochschulgremien,
 - die Akzeptanz des Abschlusses auf dem Arbeitsmarkt.

b) Jede und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, einen Masterstudiengang zu belegen. Die Landesregierung wird in dieser Hinsicht die von den Hochschulen geregelten besonderen Zugangsvoraussetzungen und die Ausschöpfung der

Aufnahmekapazitäten prüfen.

c) Die Landesregierung prüft die Möglichkeit des Teilzeitstudiums in möglichst allen Studiengängen.

Die Landesregierung wird gebeten, im ersten Quartal 2010 dem Landtag zu berichten, in wie weit zur Umsetzung der genannten Sachverhalte Änderungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vorzunehmen sind.

4. Die Landesregierung wird gebeten, gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative für eine BAföG-Novelle zum 1. Oktober 2010 einzubringen, die die Erhöhung der BAföG-Sätze, die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten, eine Erhöhung der Altersgrenze und eine Berücksichtigung der Teilzeitstudierenden vorsieht.

Begründung:

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr finden bundesweit Proteste und Demonstrationen von Studentinnen und Studenten statt. Nach dem ersten „Bildungsstreik“ im Juni 2009 beklagen die Studierenden heute, dass sich seitdem wenig an ihrer Situation geändert habe. Um sich mit den Forderungen der Studierenden auseinander zu setzen und um gegebenenfalls die Studienbedingungen an den brandenburgischen Hochschulen zu verbessern, sind zunächst die Wirkungen der Bologna-Reform in Brandenburgs Hochschulen zu analysieren.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE